



## **Niederschrift zur 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 26.03.2009  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 23:20 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,  
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Jürgen Steinert

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Peter Hummer

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Rolf von Lützow

Herr Rainer Zurawski

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Peter Glief

Frau Barbara Kaulen

Frau Peggy Kühnapfel

Herr Detlef Schmidt

Herr Siegmund Trebschuh

#### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

#### **Amtsleiterin Kämmerei**

Frau Andrea Hollstein

### **Es fehlen:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Ralf Markwardt

entschuldigt

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Steinert, eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Es sind 5 von 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

### zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Diskussion zur Tagesordnung

1. Aufnahme Dringlichkeitsantrag SPD-Fraktion zur Kommunal-Kombi  
Beschluss: 5/0/0 als TOP 10.5
2. Klärung, ob Prüfung der Jahresrechnung 2006 öffentlich oder nichtöffentlich diskutiert wird;  
Herr Zurawski stellt Antrag auf öffentliche Behandlung

Abstimmung zum Antrag von Herrn Zurawski: 5/0/0

Abstimmung zur nun geänderten Tagesordnung: 5/0/0

### zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 03.07.2008, 20.11.2008 und 12.02.2009**

Niederschrift 03.07.2008

Herr Steinert:

Ich weiß nicht mehr was damals gesagt wurde – ich stimme nicht ab.

Abstimmung: 0/0/5

Niederschrift 20.11.2008

Abstimmung: 0/0/5

Niederschrift 12.02.2009

Herr Steinert liest Stellungnahme vor und bittet um Ergänzung des Protokolls vom 12.02.2009:

*„Herr Steinert stellt fest, dass mit 3 stimmberechtigten von 4 gewählten Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit gegeben ist und somit die Tagesordnung abgearbeitet werden kann.*

*Die Stadtverwaltung, vertreten durch die Kämmerin Frau Hollstein, legt dagegen Einspruch ein.*

*Die Ausschüsse haben 6 Mitglieder lt. GemOrd-Beschluss, 3 fehlen und damit ist Beschlussfähigkeit nicht gegeben.*

*Der A-Vorsitzende lässt über 4/6 Mitglieder im Ausschuss beraten. Es stimmen 2 Mitglieder und alle 5 zu dieser Sitzung neu berufenen sachkundigen Einwohner für die 4 Mitglieder-Variante, um die Sitzung zur kommunalen Arbeit zu nutzen.*

*Herr Lüders stellt fest, dass aus seiner Sicht der Ausschuss nicht beschlussfähig sei, da eine Fraktion die Ausschussbesetzung generell verhindert. Außerdem ist es eine schlechte Planung über den Sitzungsdienst, dass 2 wichtige komm. Termine ( Bürgervers. Bahnquerung Wünsdorf und Ausschuss) auf einen Tag gelegt werden.*

- weiter nach Protokoll bis letzten Anstrich:

*Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit mit 2 Mitgliedern und 5 sachk. Bürgern sowie weiter aufrechterhaltenem Einspruch der Kämmerin um 19.25 Uhr.“*

Er fragt nach, ob es einen neuen Sachstand zum Protokoll aus der Januar- Sitzung gibt.

Frau Hollstein:

Nein, es wird kein Protokoll geben, weil die Sitzung nicht eröffnet wurde.

Abstimmung: 3/0/2

## zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

1. Haushalt 2009
  - wurde noch mal überarbeitet
  - Daten aus dem Konjunkturpaket II wurden eingearbeitet
  - Haushalt geht nächste Woche in Druck und liegt Ende der Woche in den Postfächern
  - Die Exemplare, die am Montag, den 6. April 2009 noch in den Postfächern sind, werden ausgefahren. Die Verwaltung bittet um Festlegung der Terminkette zur Haushaltsberatung.
2. Finanzausschusssitzung 29.05.2009  
Dieser Termin muss verlegt werden, da es sich um einen Feiertag handelt.
3. Bericht zur überörtlichen Prüfung der Jahre 2003 – 2005  
Die Vorlage wird zur nächsten normalen Sitzung erfolgen. Die Verwaltung wird gebeten zu klären, ob dieser Bericht öffentlich oder nichtöffentlich beraten werden muss.

## zu 6 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Lüders fragt den stellvertretenden Vorsitzenden von Plan B, welche Fraktionen die Arbeit in den Ausschüssen tatsächlich blockiert haben.

Herr Hummer:

Macht solange Änderungen der Änderungen wie Ihr wollt. Wir machen da nicht mit. Ich gebe keine Antwort auf Ihre Frage. Rufen Sie Herrn Noack an.

Herr von Lützwow:

Warum kommt jetzt die Diskussion über die öffentliche oder nichtöffentliche Beratung von Prüfberichten auf?

Frau Schreiber:

Aufgrund der Vorgänge im Kreistag.

Herr Lüders:

Der Finanzausschuss will dazu die konkrete gesetzliche Grundlage von der Kommunalaufsicht haben.

Herr von Lützwow:

Die Holzpfleiler neben den Parktaschen auf dem Marktplatz sind alle umgefahren.

Frau Schreiber:

Ich kläre das.

## zu 7 **Einwohnerfragestunde**

Bürgerin:

Ich bin eine von 6 Tagesmüttern aus Zossen. Warum erscheinen die Tagsmütter nicht auf der Zossener Internetseite? Habe das entsprechende Kontaktformular genutzt aber noch keine Antwort erhalten.

Frau Schreiber:

Ich habe die Anfrage erhalten. Dieser Punkt wird auf einer gemeinsamen Beratung aller Tagesmütter thematisiert.

**zu 8 Wahl des Stellvertreters für den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen**

Herr Steinert:  
Gibt es Vorschläge für den Stellvertreter?

Herr Hummer:  
Ich schlage Herrn Zurawski vor.

Herr Lüders:  
Ich wäre bereit, dies zu übernehmen.

Abstimmung für Herrn Zurawski: 2 Stimmen  
Abstimmung für Herrn Lüders: 3 Stimmen

Herr Steinert:  
Damit wird Herr Lüders als Stellvertreter bestellt.

**zu 9 Beratung von Beschlussvorlagen**

**zu 9.1 Bestätigung der Jahresrechnung 2006 der Stadt Zossen und Entlastung der  
Bürgermeisterin  
Vorlage: 160/08**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2006 der Stadt Zossen zur Kenntnis. Sie bestätigt das festgestellte Ergebnis der Jahresrechnung 2006. Die SVV erteilt der Bürgermeisterin Entlastung.*

Herr Steinert:  
Gibt es dazu Fragen der Mitglieder?

Herr von Lützwow:  
Das RPA sieht keine Hinderungsgründe für eine Entlastung.

Frau Kühnapfel:  
In der Beratungsfolge muss das Datum korrigiert werden vom 26.02. auf 26.03.2009. Im Bericht steht, dass 2005 nicht entlastet wurde. Was hat das für Folgen?

Herr Steinert?  
2004 wurde auch nicht entlastet. Der Beschluss der SVV dazu wurde beanstandet und dann nochmals bestätigt. Noch liegt keine Beantwortung der Kommunalaufsicht vor.

Frau Schreiber:  
Jede Beschlussvorlage gilt nur für das entsprechende Haushaltsjahr. 2004 und 2005 wurden wieder vorgelegt, da auch damals eine Entlastungsempfehlung erteilt wurde. 2006 kann unabhängig von 2004 und 2005 beraten werden. Die Jahresrechnungen Schöneiche 2002, Wünsdorf 2003 und Zossen 2004 und 2005 werden noch mal vorgelegt.

Herr Hummer:  
Was passiert, wenn nicht entlastet wird?

Frau Schreiber:  
Schöneiche 2002 konnte nicht ausgeräumt werden. In Zossen wurde die Entlastung immer empfohlen. Es hat keine wirklichen Auswirkungen. Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnungen abgesegnet. Es gab keine kommunalaufsichtlichen Eingriffe für Zossen.

Herr Zurawski:

Es gab keine sachlichen Gründe für die Versagung der Entlastung, sondern nur politische. Wir sollten heute nochmals überdenken, ob die Entlastung auch für die Vorjahre und 2006 erteilt wird. Es liegt kein sachlicher Grund dagegen vor.

Herr Trebschuh:

Was passiert wenn keine Entlastung erfolgt?

Frau Schreiber:

Wenn das RPA die Entlastung empfiehlt und die Kommunalaufsicht nichts unternehmen muss, dann ist alles sauber abgelaufen. Wenn die Entlastung nicht beschlossen wird, liegt die Verantwortung bei der Politik.

Herr Lüders:

Warum sind in dem Bericht Schwärzungen?

Frau Hollstein:

Das ist ein Kopiererproblem.

Herr Lüders:

Was ist mit den Fördermitteln der ILB?

Frau Schreiber:

Bitte lesen Sie nach im Prüfbericht auf Seite 6.

Herr Lüders:

Wie ist der Verfahrensstand im Klageverfahren gegen die ILB?

Frau Schreiber:

Es gibt noch keinen Termin beim Verwaltungsgericht.

Herr Lüders:

Das Verwaltungsgericht hat die ILB um Stellungnahme gebeten. Die ILB hat die Klageabweisung beantragt. Die Klageabweisung ist der Verwaltung zugegangen. Wie wurde geantwortet? Bis heute liegt dem Verwaltungsgericht keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Schreiber:

Die entsprechenden Schriftsätze liegen dem Verwaltungsgericht aus dem Widerspruchsverfahren und der Klagebegründung vor. Es gibt keine neuen Tatsachen und ich werde keine neue Stellungnahme schreiben.

Allgemeine Diskussion über die Fördermittel Rückbau.

Herr Steinert:

Die Unterlagen zu den Jahresrechnungen wurden durch die Verwaltung nicht vorgelegt, um über die Jahresrechnung zu entscheiden. Er macht Ausführungen über die Prüfungen 2004 bis 2006.

Frau Hollstein:

Der Finanzausschuss ist nicht für die Prüfungen der Jahresrechnungen zuständig.

Herr Hummer:

Wenn das RPA die Entlastung empfiehlt, warum dann nicht die SVV? Ist das RPA etwa unfähig?

Herr Zurawski:

Es gibt nur Behauptungen, aber keine konkreten Fragen von Herrn Steinert.

Frau Hollstein und Frau Schreiber geben allgemeine Ausführungen über die Zuleitung der Jahresrechnungen, über die Prüfung der Jahresrechnungen und die Ausräumungsverfahren.

Herr Glied:

Ich verstehe diese Diskussion nicht. Ich kann die Ausführungen der Verwaltung nur bestätigen. Ich hatte gehofft, dass man in diesem Ausschuss wieder zu Sachdiskussionen findet.

Frau Kühnapfel:

Es steht sogar im Bericht des Prüfungsamtes, dass den Stadtverordneten die Jahresrechnung 2005 vorgelegen hat. Vielleicht sollten die Mitglieder in ihren Protokollen nachsehen.

Herr Steinert und Herr Lüders erhalten eine neue Kopie des Prüfberichtes 2006.

Abstimmung: 3/2/0

## zu 10 Anträge von Fraktionen

### zu 10.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 14.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.02.2009: Kostenloses Schulessen für Schüler der 1. bis 3. Klasse der Zossener Grundschulen Vorlage: 017/09**

#### **Beschlussvorschlag:**

*Alle Schüler der Klassen 1 bis 3 der Zossener Grundschulen, erhalten ab dem Schuljahr 2009/2010 kostenloses Schulessen.*

*Die Kosten hierfür übernimmt die Stadt Zossen, ggf. in Kooperation mit anderen Partnern und/oder Sponsoren.*

*Die Verwaltung wird gebeten, die hierfür erforderlichen Mittel im Entwurf zum Haushalt 2009 zu definieren und eine entsprechende Haushaltsposition einzurichten.*

*Die Verwaltung unterrichtet alle in Frage kommenden Eltern/Erziehungsberechtigten, sowie die Schulen in geeigneter Weise rechtzeitig über diesen Beschluss.*

*Die Verwaltung wird aufgefordert, sich durch Kontrollen und Umfragen verstärkt auch um die Qualität des Schulessens zu bemühen und sich bei den Anbietern des Schulessens für eine qualitative Verbesserung des Essensangebotes einzusetzen.*

Herr Lüders:

Es gibt einen noch nicht schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der zum Inhalt hat, kostenloses Essen für Kinder aus der Kita bis zur 6. Klasse zu ermöglichen, dies aber nur für bedürftige Familien. Bedürftigkeit bedeutet, Bezug von Arbeitslosengeld II und Geringverdiener.

Herr Hummer:

Ich sehe hier zwei Probleme. 1. die Finanzierbarkeit und 2. die Feststellung der Bedürftigkeit. Hier würde nur eine Polemisierung stattfinden.

Frau Hollstein:

Die Finanzierung ist tatsächlich ein Problem. Das zweite Problem ist die Feststellung der Bedürftigkeit, die uns aus Datenschutzgründen nicht möglich ist.

Frau Kühnapfel:

Kann man solche Zuschüsse nicht über die Fördervereine regeln? Gibt es schon Zuschüsse?

Herr Trebschuh:

Es gibt viele Kinder, deren Eltern das Schulessen nicht bezahlen können. Die Verwaltung

sollte die Anzahl der bedürftigen Familien ermitteln und auf Antrag einen Zuschuss gewähren, da dann die Eltern die Angaben zu ihren Einkommen freiwillig abgeben. Somit hat man auch kein datenschutzrechtliches Problem.

Frau Schreiber:

Seit 2004 wird für die Kita-Kinder der Stadt Vollverpflegung angeboten. Für 36,00 € im Monat. Auch Harz-IV-Empfänger können dies bezahlen. Der Grad der Vollverpflegung beträgt 90 %. Der Rest nimmt die Halbverpflegung – meist wegen geringerer Betreuungsstunden – in Anspruch. Auch in den Schulen ist das Essen nicht teurer. Die Stadt subventioniert auch hier. Wir sollten dieses Thema in die Haushaltsdebatte verschieben.

Frau Kaulen:

Man sollte die Fördervereine mit einbeziehen und ich halte die Datenerhebung für fraglich.

Herr Lüders:

Nach den Ausführungen von Frau Schreiber könnte man die Kitas ausklammern. Trotzdem können sich viele das Schulessen nicht leisten.

Herr Trebschuh:

Bei den Kitas bin ich auch geneigt zu sagen, dass 36,00 € leistbar sind. Beim Schulessen muss man noch mal ernsthaft darüber nachdenken.

Herr von Lützw:

Wurde durch den Antragsteller der Bedarf ermittelt?

Herr Steinert:

Bei einer 100%igen Essenteilnahme der Kinder der 1. – 3. Klasse belaufen sich die Kosten auf rund 150 T€

Allgemeine Diskussion.

Herr Steinert:

Ich stelle den Antrag, die Beschlussvorlage zur Haushaltsdebatte wieder vorzulegen und damit am 22.4. nicht auf die TO der SVV zu nehmen.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

**zu 10.2      Antrag der Fraktion VUB vom 30.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2009: Beschlussfassung zur Entschädigungssatzung  
Vorlage: 028/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenvorsteherin wird beauftragt, den Entwurf der Entschädigungssatzung als Beschlussvorlage zur nächsten SVV am 04.03.2009 den Stadtverordneten zur Abstimmung vorzulegen.*

Herr Zurawski:

Der Antragsteller hat vergessen, den Antrag zu begründen. Die Änderungen sind zum Teil enorm.

Frau Schreiber:

Der RSO wollte über die finanziellen Auswirkungen informiert werden und hat die Beschlussvorlage bis zum 18.05.2009 zurückgestellt.

Herr von Lützw:

gibt Erläuterungen zur Beschlussvorlage

Frau Schreiber:

Nach Zusammenschluss der Gemeinden 2003 wurde eine einheitliche Entschädigungssatzung gemacht. Diese gilt auch nach der neuen Kommunalverfassung. Frau Schreiber macht allgemeine Ausführungen zur Entschädigungssatzung. Ich habe aus rechtlichen Gründen einige Schwierigkeiten mit einigen Paragraphen. Zum Beispiel sind Fraktionssitzungen nicht kontrollierbar, dann kann ein Verdienstaufschlag nicht geltend gemacht werden zeitgleich mit einer Aufwandsentschädigung. Dies bedeutet, dass die Paragraphen 7 und 8 gestrichen werden müssten.

Herr Zurawski:

Wie wollen wir diese Beschlussvorlage der Bevölkerung erklären?

Herr Hummer:

Wir sollen zum Wohle der Stadt arbeiten. Wir können nicht mehr Geld verlangen, solange wir nicht ordentlich arbeiten.

Herr Lüders:

Ich habe mich mit dieser Beschlussvorlage beschäftigt und kann in vielen Punkten nicht mitgehen. Für die Stadtverordneten kann die Aufwandsentschädigung nicht gleich auf 125,00 € erhöht werden, wenn dann erstmal auf 100,00 €. Das Sitzungsgeld für Gemeindevertreter und sachkundige Einwohner sollte einheitlich sein und könnte z. B. auf 20,00 € festgelegt sein. Auch die Fraktionsvorsitzenden sollten nicht soviel mehr erhalten, wie auch der Ausschussvorsitzende. Der Nachweis der Fraktionssitzungen ist aber kein Problem, wenn einmal pro Monat Anwesenheitslisten in der Verwaltung vorgelegt werden. Die Beschlussvorlage sollte beraten werden mit dem Haushalt.

Herr Schmidt:

Ich kannte die VUB-Vorlage gar nicht und bin der Meinung, dass wir nicht weiter darüber diskutieren sollten, sondern in der heutigen Zeit auf keinen Fall die Gelder erhöhen dürfen.

Herr Trebschuh:

Ich bin für die Verlagerung in die Haushaltsdiskussion.

Frau Kühnapfel:

Die CDU-Fraktion lehnt diese Beschlussvorlage ab.

Herr Zurawski:

Nicht nur als CDU-Mitglied lehne ich die BV ab.

Herr Steinert:

Abstimmung über die Vertagung in die HH-Debatte: 3/2/0

zu 10.3

**Antrag der Fraktion SPD vom 10.02.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.02.2009: Kostenlose Sporthallennutzung für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt Zossen**  
**Vorlage: 029/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, bis zur Stadtverordnetenversammlung im April Beschlussvorlagen in die Stadtverordnetenversammlung einzureichen, die die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Sporthallen der Stadt Zossen, in denen auch Vereinssport stattfindet, dahingehend zu ändern, dass für Kinder und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr die Nutzung der Sporthallen im Rahmen von Vereinssport kostenlos ist. Dies soll nur für ansässige Vereine in der Stadt Zossen gelten.*

Herr Lüders:

Den Vereinen fehlen die Sponsoren. Die finanzielle Belastung der Sportvereine Zossen, Wünsdorf und Glienick sind sehr hoch und die Mindereinnahmen der Stadt liegen bei 5000,00 €

Frau Schreiber gibt Erläuterungen zur Kalkulation 2004.

Frau Schreiber:

Seit der Kalkulation sind die Betriebskosten erheblich angestiegen. Dieser Anstieg wurde nicht umgelegt. Außerdem erhalten die Sportvereine Unterstützung, wenn sie offene Trainingseinheiten anbieten (Arbeitsgemeinschaften). Das heißt, die Stadt subventioniert schon beträchtlich und die Ortsbeiräte können ja die Sportvereine wie bisher bezuschussen. Dabei darf man nicht vergessen, dass auch diese Zuschüsse aus dem Stadthaushalt kommen.

Herr Hummer:

Könnten die Sportvereine als Gegenleistung eventuell die Sportstätten pflegen?

Frau Schreiber:

Nein, das funktioniert nicht.

Herr Zurawski:

Die Satzung sollte nicht geändert werden, weil es den Vereinen relativ gut geht.

Herr von Lützow:

Die Vereine sind mit den Zuschüssen bisher sehr zufrieden und müssen sich auch mal selbst kümmern.

Frau Schreiber:

Ich bitte darum, keine neue Kalkulation erarbeiten zu lassen.

Herr Lüders:

Die Ortsbeiräte sollten nicht unterschiedlich bezuschussen. Ich beantrage die Vertagung in die Haushaltsdebatte.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

Frau Schreiber:

Wir übersenden Ihnen noch mal die Kalkulation 2004.

zu 10.4

**Antrag der Fraktion SPD vom 17.12.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.03.2009: Dringlichkeitsantrag - Vergütung der Kindertagespflege  
Vorlage: 030/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

- 1. Die im Stadtgebiet Zossen tätigen Tagespflegepersonen werden entsprechend der Richtlinie zur Vergütung der Kindertagespflege gem. § 23 SGB VII in Verbindung mit § 18 KitaG (Kreistagsbeschluss Nr. 4-0101/09-II vom 16.02.2009) vergütet.*
- 2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit dem Landkreis schnellst möglich eine öffentliche rechtliche Vereinbarung zur Kindertagesbetreuung abzuschließen.*

Herr Hummer:

Der RSO hat kein Votum abgegeben und den Antrag an den Antragsteller zur Konkretisierung zurückgegeben.

Frau Kühnapfel:

Der Landrat wurde beauftragt, die Richtlinie zur Vergütung der Tagesmütter umzusetzen. Der Landrat muss auf Zossen zukommen.

Frau Schreiber:

Ich habe inhaltlich kein Problem mit Nr. 1 sondern mit Nr. 2. Dies muss im SJBS geklärt werden. Denn, wenn Nr. 2 in der vorliegenden Fassung beschlossen wird, habe ich keine Verhandlungsbasis mehr mit dem Landrat für den Ersatz des Verwaltungsaufwandes.

Herr Trebschuh:

Der Landrat ist auch beauftragt worden, Verträge zu machen. Und Sie werden auch beauftragt.

Frau Schreiber:

Der Landrat hat ein Angebot vorgelegt, ohne Verwaltungskostenersatz. Die Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung enthält eine Bindung zur Annahme jedes Angebotes des Landrates.

Herr Steinert:

Es geht hauptsächlich um die einheitliche Entlohnung der Tagesmütter im Landkreis. Ich schlage vor, den Text zu Nr. 2 wie folgt abzuändern: „abzuschließen“ wird ersetzt durch „zu verhandeln“.

Eine anwesende Tagesmutter erläutert die derzeitige Situation der Tagesmütter. Danach erfolgt eine Diskussion über die Abrechnungsmodalitäten und die Kinderpauschale vom Landkreis.

Herr Steinert stellt den Antrag auf Verweisung an den SJBS und Empfehlung in der geänderten Fassung.

Abstimmung: 4/0/1

Termine der nächsten Sitzungen bzgl. Haushaltsdebatte:

1. 16.04.2009 um 18.30 Uhr
2. 23.04.2009 um 18.30 Uhr
3. 07.05.2009 um 18.30 Uhr

→ die reguläre Sitzung vom 21.05. wird verschoben auf den 26.05.2009!

Herr Steinert schließt um 22:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Jürgen Steinert  
Ausschussvorsitzender